
S 35 AS 4609/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

| | |
|---------------|---|
| Land | Bundesrepublik Deutschland |
| Sozialgericht | Bundessozialgericht |
| Sachgebiet | Grundsicherung für Arbeitsuchende |
| Abteilung | - |
| Kategorie | Urteil |
| Bemerkung | - |
| Rechtskraft | - |
| Deskriptoren | Arbeitslosengeld II – Unterkunft und Heizung – nachträgliche Gebührenforderung für die Nutzung von Wohnraum in einer Aufnahmeeinrichtung in der Zeit nach Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft bis zum Umzug in eine neue Unterkunft mit vorheriger Zusicherung des Grundsicherungsträgers – aktueller Unterkunftsbedarf im Fälligkeitsmonat – sozialgerichtliches Verfahren – Ersetzungsbescheid als alleiniger Streitgegenstand |
| Leitsätze | Nachträglich für die Nutzung von Wohnraum in Aufnahmeeinrichtungen erhobene Gebühren sind bei späterer Fälligkeit keine dem Zeitpunkt der tatsächlichen Nutzung zuzuordnende Bedarfe, sondern im Monat ihrer Fälligkeit beim Arbeitslosengeld II zu berücksichtigen. |
| Normenkette | SGB II § 22 Abs 1 S 1 ; SGB II § 21 Abs 4 S 1 ; AsylIDV BY § 26; SGG § 96 Abs 1 ; SGB X § 39 Abs 2 ; SGB X § 31 S 1 |

1. Instanz

| | |
|--------------|-----------------|
| Aktenzeichen | S 35 AS 4609/17 |
| Datum | 25.05.2018 |

2. Instanz

| | |
|--------------|---------------|
| Aktenzeichen | L 7 AS 922/18 |
| Datum | 09.10.2019 |

3. Instanz

| | |
|-------|------------|
| Datum | 19.05.2021 |
|-------|------------|

Â

Auf die Revision des Beklagten wird das Urteil des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen vom 9. Oktober 2019 aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Landessozialgericht zurÃ¼ckverwiesen.

Â

G r Ã¼ n d e :

I

Â

1

Umstritten sind Leistungen fÃ¼r Unterkunft und Heizung wegen GebÃ¼hren, die fÃ¼r die Nutzung einer Aufnahmeeinrichtung entstanden und spÃ¤ter fÃ¤llig geworden sind.

Â

2

Der 1961 geborene KlÃ¤ger und die 1968 geborene KlÃ¤gerin zuÂ 2 sind die Eltern der 1993 bzw 2000 geborenen KlÃ¤gerinnen zuÂ 3 undÂ 4. Die KlÃ¤ger sind syrische StaatsangehÃ¶rige. Sie hielten sich seit Mitte 2015 im Landkreis A auf, in dem das beklagte Jobcenter die Aufgaben der TrÃ¤ger nach dem SGBÂ II wahrnimmt. Sie wohnten in einer Aufnahmeeinrichtung und erhielten Leistungen nach dem AsylbLG, dabei die Unterkunft als Sachleistung. Nachdem die FlÃ¼chtlingseigenschaft der KlÃ¤ger anerkannt worden war, stellte der Landkreis die Leistungen nach dem AsylbLG zum Ende des Februar 2016 ein. Die KlÃ¤ger blieben zunÃ¤chst in der Aufnahmeeinrichtung wohnen. Der Beklagte bewilligte Regelbedarfe fÃ¼r MÃ¤rz bis August 2016. Nachdem die KlÃ¤ger die Zusicherung zu einem Umzug in den Ã¶rtlichen ZustÃ¤ndigkeitsbereich des beigeladenen Jobcenters beantragt hatten, bestÃ¤tigte der Beigeladene die Angemessenheit der von den KlÃ¤gern dort angemieteten Wohnung. Wegen des Umzugs der KlÃ¤ger zum 1.8.2016 hob der Beklagte seine Bewilligung von AlgÂ II zum Ende des Juli 2016 auf. Der Beigeladene gewÃ¤hrte ab August 2016 AlgÂ II unter BerÃ¼cksichtigung der Bedarfe fÃ¼r Unterkunft und Heizung der nunmehr bewohnten Wohnung.

Â

3

Im April 2017 erlieÃ die Regierung von U als âzentrale GebÃ¼hrenabrechnungsstelleâ an die KlÃ¤ger gerichtete GebÃ¼hrenbescheide

wegen des Aufenthalts in der Aufnahmeeinrichtung von März bis Juli 2016. Darin setzte sie monatliche Gebühren für die Nutzung der Unterkunft gegen den Kläger in Höhe von 185 Euro und für die Klägerin zu 2 für die Klägerinnen in Höhe von jeweils 65 Euro fest. Die Gebührensfordernungen wurden im Mai 2017 fällig.

Ä

4

Der Beklagte verwies wegen des Ausgleichs der Gebühren auf den Beigeladenen (*Schreiben vom 9.5.2017*). Den Widerspruch hiergegen mit Schreiben vom 30.6.2017 verwarf er als unzulässig, weil das Schreiben kein Verwaltungsakt sei (*Widerspruchsbescheid vom 27.9.2017*). Nach Erhebung der Klage beschied der Beklagte das Schreiben vom 30.6.2017 sowie einen Antrag der Kläger vom 26.9.2017 auf Rücknahme seiner Bescheide für März bis Juli 2016 (*Bescheid vom 7.11.2017*). Er werde keine Unterkunftskosten auf den Gebührenbescheid gewähren, weil er nach dem Umzug nicht zuständig sei. Der Bescheid ersetze das Schreiben vom 9.5.2017 und werde Gegenstand des Klageverfahrens. Den Widerspruch gegen den Bescheid vom 7.11.2017 wies der Beklagte zurück (*Widerspruchsbescheid vom 8.2.2018*), dieser sei wegen [§ 96 SGG](#) unzulässig und in der Sache unbegründet. Gegen den Bescheid vom 7.11.2017 und den Widerspruchsbescheid vom 8.2.2018 haben die Kläger ebenfalls Klage erhoben (*SÄ 35 AS 964/18*). Auch der Beigeladene lehnte die Übernahme der Gebühren ab, weil er nicht zuständig sei. Hierzu ist ein weiteres Klageverfahren anhängig (*SÄ 35 AS 1368/18*).

Ä

5

Das SG hat die Klagen gegen den Bescheid vom 9.5.2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 27.9.2017 abgewiesen (*Gerichtsbescheid vom 25.5.2018*). Das LSG hat diese Bescheide und den Gerichtsbescheid geändert. Es hat den Beklagten verurteilt, den Klägern für jeden der Monate März bis Juli 2016 Leistungen für die Bedarfe für Unterkunft und Heizung zu bewilligen, und zwar dem Kläger jeweils 185 Euro und den Klägerinnen jeweils 65 Euro (*Urteil vom 9.10.2019*). Der Beklagte müsse zahlen, weil die Gebührensfordernungen als Bedarfe den Monaten zuzuordnen seien, in denen die Kläger in der Aufnahmeeinrichtung gelebt hätten. Daran ändere § 26 Abs 2 Satz 1 der bayrischen Verordnung zur Durchführung des Asylverfahrensgesetzes, des Asylbewerberleistungsgesetzes und des Aufnahmegesetzes vom 4.6.2002 in der Fassung der Änderungsverordnung vom 13.4.2004 (*DVAsyl 2002/2004*), wonach die Fälligkeit mit der Bekanntgabe des Gebührenbescheids eintrete, nichts. Die Kosten seien den Monaten der Bedarfsentstehung durch den faktischen Bedarf für eine Wohnung zuzuordnen. Eine Zuordnung nach einem disponiblen, auch durch Dritte bestimmten Fälligkeitszeitpunkt ermögliche Manipulationen. Der Beklagte sei auch wegen der Gebühren für die Klägerin zu 2 im März 2016 zu

verurteilen, weil deren Festsetzung in Aussicht gestellt worden sei.

Â

6

Der Beklagte rÃ¼gt mit seiner Revision eine Verletzung des [Â§Â 22 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ II](#). Das LSG habe offengelassen, nach welcher Vorschrift die Bewilligungen fÃ¼r MÃrz bis Juli 2016 abgeÃ¼ndert werden sollten und das Monatsprinzip verkannt. Der Bedarf bestehe nur in den zu leistenden GeldbetrÃ¼gen. Laufende wie einmalige Aufwendungen seien dem FÃ¼lligkeitsmonat zuzuordnen.

Â

7

Der Beklagte beantragt,
das Urteil des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen vom 9.Â Oktober 2019 aufzuheben und die Berufungen der KlÃ¼ger gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Duisburg vom 25.Â Mai 2018 zurÃ¼ckzuweisen.

Â

8

Die KlÃ¼ger verteidigen das angefochtene Urteil und beantragen,
die Revision zurÃ¼ckzuweisen.

Â

9

Der Beigeladene beantragt,
die Revision zurÃ¼ckzuweisen.

Â

II

Â

10

Die zulÃ¼ssige Revision des Beklagten ist im Sinne der Aufhebung des angefochtenen Urteils und ZurÃ¼ckverweisung der Sache an das LSG begrÃ¼ndet ([Â§Â 170 AbsÂ 2 SatzÂ 2 SGG](#)). Das Urteil des LSG verletzt [Â§Â 22 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ II](#). Der Beklagte hat den KlÃ¼gern keine Leistungen fÃ¼r Unterkunft und Heizung zu zahlen. Die Sache ist zurÃ¼ckzuweisen, weil der Senat nicht

abschließend darüber entscheiden kann, ob und in welchem Umfang der Beigeladene zu verurteilen ist.

Ä

11

1. Gegenstand des Revisionsverfahrens sind neben den vorinstanzlichen Entscheidungen nur noch der Bescheid des Beklagten vom 7.11.2017 und der Widerspruchsbescheid vom 8.2.2018 (*zu letzterem siehe* 6.). Der Bescheid vom 7.11.2017 hat den Bescheid vom 9.5.2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 27.9.2017 erledigt ([Ä§ 39 Abs 2 SGB X](#)) und ist als ersetzender Bescheid alleiniger Gegenstand des Verfahrens geworden ([Ä§ 96 Abs 1 SGG](#); vgl BSG vom 16.6.2015 [BÄ 4 AS 37/14 R](#) [SozR 4-4200 Ä§ 27 Nr 2 RdNr 13](#)), was vom Revisionsgericht als Prozessvoraussetzung von Amts wegen zu beachten ist (vgl BSG vom 29.4.2015 [BÄ 14 AS 8/14 R](#) [BSGE 119, 7](#) = [SozR 4-4200 Ä§ 21 Nr 22, RdNr 10 mwN](#)). Das Schreiben vom 9.5.2017 war ein Verwaltungsakt iS von [Ä§ 31 Satz 1 SGB X](#), weshalb die Wirkungen des [Ä§ 96 Abs 1 SGG](#) eintreten konnten. Dies ergibt sich nach Auslegung anhand des objektiven Empfängerhorizonts, zu der das BSG als Revisionsgericht berufen ist (*dazu eingehend* BSG vom 25.10.2017 [BÄ 14 AS 9/17 R](#) [SozR 4-1300 Ä§ 45 Nr 19 RdNr 24](#)). Ausgehend hiervon lassen die vor dem Bekanntwerden der Gebührenbescheide beim Beklagten durch diesen erlassenen Bescheide über das Alg II den Schluss nicht zu, in ihnen seien auch Regelungen zu Leistungen für Unterkunft und Heizung verhängt (vgl zur *Eigenständigkeit von Leistungen und Verhängungen über den Regelbedarf einerseits und Leistungen für Unterkunft und Heizung andererseits* BSG vom 4.6.2014 [BÄ 14 AS 42/13 R](#) [SozR 4-4200 Ä§ 22 Nr 78](#)). Vielmehr hat der Beklagte erstmals am 9.5.2017 Regelungen zu den Bedarfen für Unterkunft und Heizung getroffen und darauf bezogene Leistungen abgelehnt. Der Streitgegenstand ist nach dem Inhalt der angefochtenen Verwaltungsakte auf Leistungen für Unterkunft und Heizung beschränkt, was dem Antrag der Klägerin im Berufungsverfahren entspricht.

Ä

12

2. Verfahrenshindernisse stehen einer Sachentscheidung des Senats nicht entgegen. Das Verfahren ist nicht wegen einer doppelten Rechtshängigkeit des Streitgegenstandes unzulässig, weil die vorliegende Klage vor derjenigen zum Aktenzeichen SÄ 35 AS 964/18 erhoben worden ist. Die Klägerin verfolgen ihre Ansprüche auf Leistungen für Unterkunft und Heizung wegen der Gebühren zulässigerweise mit der kombinierten Anfechtungs- und Leistungsklage. Dagegen ist nicht auf die kombinierte Anfechtungs-, Verpflichtungs- und Leistungsklage (vgl dazu BSG vom 21.3.2019 [BÄ 14 AS 42/17 R](#) [RdNr 9](#); BSG vom 12.10.2016 [BÄ 4 AS 37/15 R](#) [BSGE 122, 64](#) = [SozR 4-4200 Ä§ 40 Nr 10, RdNr 11](#)) zu entscheiden. Über das Verfahren nach [Ä§ 44 SGB X](#) zu

beseitigende Regelungen zu Leistungen für Unterkunft und Heizung hat der Beklagte vor Erlass des Bescheids vom 9.5.2017 nicht getroffen. Das beim SG unter dem Aktenzeichen S 35 AS 1368/18 anhängige Klageverfahren hindert eine mögliche Verurteilung des Beigeladenen zur Zahlung der von den Klägern begehrten Leistungen für Unterkunft und Heizung nicht (vgl BSG vom 6.12.2012 [B 11 AL 15/11 R](#) [SozR 4 1300 59 Nr 1, RdNr 15 mwN](#)).

Ä

13

3.Ä Die Revision des Beklagten ist begründet, weil er den Klägern keine Leistungen für Unterkunft und Heizung zu zahlen hat.

Ä

14

Rechtsgrundlage für die von den Klägern geltend gemachten Ansprüche auf Leistungen für Unterkunft und Heizung als Teil des Alg II sind [§ 19 ff iVm \[§ 7 ff SGB II\]\(#\)](#) in der Fassung, die das SGB II vor dem streitbefangenen Zeitraum zuletzt durch das Gesetz zur Modernisierung der Finanzaufsicht über Versicherungen vom 1.4.2015 ([BGBl I 434](#)) erhalten hat (*Geltungszeitraumprinzip, vgl BSG vom 19.10.2016 [B 14 AS 53/15 R](#) [SozR 4 4200 11 Nr 78 RdNr 14 f](#)*).

Ä

15

Die wegen der Nutzung der Aufnahmeeinrichtung als Unterkunft in den Monaten März bis Juli 2016 entstandenen Forderungen waren nicht im Nachhinein beim Alg II für diese Monate zu berücksichtigen. Nachträglich für die Nutzung von Wohnraum in Aufnahmeeinrichtungen durch nicht mehr nach dem AsylbLG, sondern nach dem SGB II leistungsberechtigte Ausländer erhobene Gebühren sind bei Auseinanderfallen von Entstehung und Fälligkeit keine dem Zeitpunkt der tatsächlichen Nutzung zuzuordnenden Bedarfe (*dazu 4.*). Sie können unter weiteren Voraussetzungen im Monat der Fälligkeit über zuschussweise Leistungen für Unterkunft und Heizung zu decken sein (*dazu 5.*).

Ä

16

4.Ä Haben nach dem SGB II Leistungsberechtigte Aufwendungen wegen der Nutzung einer Aufnahmeeinrichtung, sind dies grundsätzlich Bedarfe für Unterkunft und Heizung iS von [§ 22 Abs 1 Satz 1 SGB II](#). Nach dieser

Vorschrift werden Bedarfe für Unterkunft und Heizung in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen anerkannt, soweit diese angemessen sind.

Ä

17

a) Gebühren für das Wohnen in einer Aufnahmeeinrichtung können als unterkunftsbezogene Aufwendungen Bedarfe iS von [§ 22 Abs 1 Satz 1 SGB II](#) auslösen.

Ä

18

Der Begriff der Unterkunft iS von [§ 22 Abs 1 Satz 1 SGB II](#) ist weiter als der Begriff der Wohnung. Unter einer Unterkunft ist jede Einrichtung oder Anlage zu verstehen, die geeignet ist, vor den Unbilden des Wetters zu schützen und eine gewisse Privatsphäre zu gewährleisten (BSG vom 17.6.2010 – [B 14 AS 79/09 R](#) – SozR 4–4200 § 22 Nr 39 RdNr 10; Lauterbach in Gagel, SGB II/SGB III, [§ 22 SGB II RdNr 10](#), Stand Dezember 2020). Für die Bestimmung der darauf bezogenen Aufwendungen kommt es nicht darauf an, ob sie auf öffentlich-rechtlichen Forderungen beruhen (zB Grundsteuern bei einem selbst bewohnten Hausgrundstück) oder privatrechtlicher Natur (zB vereinbarte Wohnraummiete) sind. Ob eine voraussichtlich nur vorübergehende Nutzung beabsichtigt oder die Nutzung eines Objekts zu Wohnzwecken im Vergleich mit anderen Leistungsberechtigten nach dem SGB II üblich ist, ist ebenfalls nicht entscheidend (vgl zur Nutzungsentscheidung für eine Obdachlosenunterkunft BSG vom 16.12.2008 – [B 4 AS 1/08 R](#) – SozR 4–4200 § 22 Nr 14; zu Forderungen der Ordnungsbehörde ua wegen der Einweisung in ein Hotel BVerwG vom 12.12.1995 – [5 C 28.93](#) – BVerwGE 100, 136; zum Wohnmobil BSG vom 17.6.2010 – [B 14 AS 79/09 R](#) – SozR 4–4200 § 22 Nr 39). Dass die Kläger von März bis Juli 2016 in der Aufnahmeeinrichtung gewohnt und damit das Bedürfnis nach einer Unterkunft faktisch befriedigt haben, ergibt sich mit hinreichender Deutlichkeit aus den Feststellungen des angefochtenen Urteils ([§ 163 SGG](#)).

Ä

19

Abzustellen ist hinsichtlich der Aufwendungen auf die Beträge, die wegen der Nutzung zu Wohnzwecken anfallen (vgl BSG vom 6.8.2014 – [B 4 AS 37/13 R](#) – RdNr 21 mwN), also der Deckung des Grundbedürfnisses Wohnen dienen. Soweit – wovon hier nach den Feststellungen des LSG ebenfalls auszugehen ist – sich die wegen des Aufenthalts in einer Aufnahmeeinrichtung erhobenen Gebühren allein auf die Nutzung als Unterkunft beziehen (vgl zur Kalkulation von Unterkunftsgebühren – [BayVG vom 16.5.2018 – 12 N 18.9](#)), sind sie

der Sache nach in vollem Umfang von [Â§Â 22 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ II](#) erfasst.

Â

20

b)Â Nach den unangegriffenen AusfÃ¼hrungen des LSG zur durch Landesrecht ([Â§Â 162 SGG](#)) vorgegebenen FÃ¼lligkeit der GebÃ¼hren mit der Bekanntgabe der GebÃ¼hrenbescheide im Mai 2017 sind die GebÃ¼hren nicht Ã¼ber Leistungen fÃ¼r Unterkunft und Heizung von MÃ¤rz bis Juli 2016 abzudecken.

Â

21

Zeitlich den Bedarfen nach [Â§Â 22 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ II](#) zuzuordnen sind vorbehaltlich abweichender Sonderregelungen grundsÃ¤tzlich alle unterkunfts- und heizungsbezogenen Zahlungsverpflichtungen, denen Leistungsberechtigte im jeweiligen Monat als dem maÃgeblichen Leistungszeitraum ausgesetzt sind, die sie also ungeachtet der tatsÃ¤chlichen Zahlung in diesem Monat als fÃ¼llige Forderung zu erfÃ¼llen haben. Das gilt fÃ¼r unregelmÃ¤Ãige oder in grÃ¼Ãeren ZeitabstÃ¤nden anfallende Zahlungsverpflichtungen grundsÃ¤tzlich in gleicher Weise wie fÃ¼r laufende Kosten. Auch einmalige unterkunftsbezogene Aufwendungen sind von [Â§Â 22 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ II](#) erfasst und als tatsÃ¤chlicher Bedarf im Monat ihrer FÃ¼lligkeit anzuerkennen, nicht aber auf lÃ¤ngere ZeitrÃ¤ume zu verteilen (*stRspr; letztens BSG vom 8.5.2019* â [BÂ 14Â AS 20/18Â RÂ](#) â [BSGE 128, 121](#) =Â *SozR 4â4200 Â§Â 22 NrÂ 102, RdNrÂ 11Â f mwN; ebenso zum SGBÂ XII BSG vom 10.11.2011* â [BÂ 8Â SO 18/10Â RÂ](#) â *SozR 4â3500 Â§Â 44 NrÂ 2 RdNrÂ 17 und zuvor zum BSHG BVerwG vom 4.2.1988* â [5Â C 89.85Â](#) â [BVerwGEÂ 79, 46, 52Â f](#)) oder anderen ZeitrÃ¤umen zuzuordnen.

Â

22

Dass gegenÃ¼ber Leistungsberechtigten erhobene Forderungen vor ihrer FÃ¼lligkeit entstanden sind, Ã¤ndert hieran nichts. Nach der Konzeption des [Â§Â 22 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ II](#) lÃ¤sst nicht die faktische Befriedigung des BedÃ¼rfnisses nach einer Unterkunft den Ã¼ber das AlgÂ II zu deckenden Bedarf aus, sondern die tatsÃ¤chliche Aufwendung.

Â

23

Leistungen fÃ¼r den Bedarf fÃ¼r Unterkunft und Heizung sind Geldleistungen, aus denen die Leistungsberechtigten ihre entsprechenden Aufwendungen bestreiten

kÄ¶nnen (so schon zum BSHG BVerwG vom 4.2.1988 [5Ä C 89.85Ä](#) [BVerwGEÄ 79, 46, 50](#); vgl auch BSG vom 9.8.2018 [BÄ 14Ä AS 38/17Ä RÄ](#) [BSGE 126, 180](#) = SozR 4-4200 Ä§Ä 22 NrÄ 97: keine Sachleistungsverantwortung der Jobcenter fÄ¼r die Bedarfe fÄ¼r Unterkunft und Heizung). Von Sonderregelungen abgesehen ist deshalb fÄ¼r den Leistungsanspruch grundsÄtzlich ausschlie¶lich ma¶geblich, inwieweit in dem fÄ¼r die LeistungshÄ¶he ma¶gebenden Zeitraum die wÄhrenddessen fÄ¶lligen unterkunfts- und heizungsbezogenen Zahlungsverpflichtungen mit dem zu berÄcksichtigenden Einkommen und VermÄ¶gen gedeckt werden kÄ¶nnen. Das bestimmt sich [Ä¶¶Ä](#) wie allgemein im Bereich des SGBÄ IIÄ [Ä¶¶](#) nach dem Monatsprinzip. Dieses Prinzip hat das BSG in seiner Rechtsprechung mehrfach betont und herausgestellt (eingehend BSG vom 9.4.2014 [BÄ 14Ä AS 23/13Ä RÄ](#) [Ä¶¶](#) SozR 4Ä¶¶4200 Ä§Ä 22 NrÄ 75 RdNrÄ 27 mwN; siehe etwa BSG vom 30.3.2017 [BÄ 14Ä AS 18/16Ä RÄ](#) [Ä¶¶](#) SozR 4Ä¶¶4200 Ä§Ä 11 NrÄ 81 RdNrÄ 18; BSG vom 24.8.2017 [BÄ 4Ä AS 9/16Ä RÄ](#) [Ä¶¶](#) SozR 4Ä¶¶4200 Ä§Ä 11b NrÄ 10 RdNrÄ 31; zuletzt BSG vom 8.5.2019 [BÄ 14Ä AS 20/18Ä RÄ](#) [Ä¶¶](#) [BSGE 128, 121](#) = SozR 4Ä¶¶4200 Ä§Ä 22 NrÄ 102, RdNrÄ 13). Danach ist der Leistungsanspruch auf eine kalendermonatsweise Betrachtung angelegt und sind die Bedarfe eines Monats den Bedarfsdeckungsma¶glichkeiten dieses Monats gegenÄ¼berzustellen; eine Unterdeckung in diesem Zeitraum begrÄ¶ndet den Leistungsanspruch fÄ¼r diesen Monat (BSG vom 24.8.2017 [BÄ 4Ä AS 9/16Ä RÄ](#) [Ä¶¶](#) SozR 4Ä¶¶4200 Ä§Ä 11b NrÄ 10 RdNrÄ 31; BSG vom 8.5.2019 [BÄ 14Ä AS 20/18Ä RÄ](#) [Ä¶¶](#) [BSGE 128, 121](#) = SozR 4Ä¶¶4200 Ä§Ä 22 NrÄ 102, RdNrÄ 13).

Ä

24

Unbeachtlich ist hingegen grundsÄtzlich, fÄ¼r welchen Zeitraum die bedarfsbegrÄ¶ndende Aufwendung [Ä¶¶Ä](#) hier die GebÄ¼hrenforderungÄ [Ä¶¶](#) jeweils bestimmt ist (vgl schon BVerwG vom 12.12.1995 [5Ä C 28.93Ä](#) [Ä¶¶](#) [BVerwGE 100, 136, 138Ä f](#)). Auf diesen Zweck der Mittelverwendung kommt es seit Aufgabe der sog IdentitÄ¶tstheorie durch das BVerwG fÄ¼r die Bedarfsbemessung grundsÄtzlich ebenso wenig an wie auf den Leistungszweck einer Einnahme fÄ¼r die Bestimmung des Zeitpunkts, zu dem bedarfsdeckendes Einkommen zugeflossen ist (vgl grundlegend BVerwG vom 18.2.1999 [5Ä C 35.97Ä](#) [Ä¶¶](#) [BVerwGE 108, 296Ä ff](#); ebenso stRspr zum SGBÄ II, vgl BSG vom 30.7.2008 [BÄ 14Ä AS 26/07Ä RÄ](#) [Ä¶¶](#) [SozR 4Ä¶¶4200 Ä§Ä 11 NrÄ 17 RdNrÄ 22](#)): Solange abweichende normative Vorgaben nicht bestehen, sind unterkunfts- und heizungsbezogene Zahlungsverpflichtungen allein im FÄ¶lligkeitsmonat bedarfsrelevant und so wenig (fiktiv) einem vergangenen Zeitraum zuzuordnen wie fÄ¼r vergangene Zeiten nachgezahltes Einkommen (vgl BSG vom 8.5.2019 [BÄ 14Ä AS 20/18Ä RÄ](#) [Ä¶¶](#) [BSGEÄ 128, 121](#) =Ä SozR 4-4200 Ä§Ä 22 NrÄ 102 RdNrÄ 14 mwN). Daran Ä¶ndert sich nichts dadurch, dass die FÄ¶lligkeit durch den Erlass eines GebÄ¼hrenbescheids oder eine anderweitige Bestimmung der Leistungszeit durch Rechnungslegung (vgl BSG vom 24.11.2011 [BÄ 14Ä AS 121/10Ä RÄ](#) [Ä¶¶](#) [SozR 4Ä¶¶4200 Ä§Ä 22 NrÄ 58 RdNrÄ 11](#)) vom GlÄ¶ubiger gesteuert werden kann. VerfÄ¶gen Schuldner zum Zeitpunkt der FÄ¶lligkeit Ä¼ber bedarfsdeckendes

Einkommen, kommt die Gewährleistung existenzsichernder Leistungen nicht in Betracht.

Ä

25

c)Ä Sonderregelungen, die auf den Zeitpunkt der faktischen Bedarfsdeckung abstellen, bestehen nicht.

Ä

26

[Ä§Ä 22 SGBÄ II](#) kann keine abweichende ausdrückliche normative Bedarfszuordnung entnommen werden. Aus [Ä§Ä 65 AbsÄ 1 SGBÄ II](#) in der Fassung durch das Neunte Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch *ÄÄÄ RechtsvereinfachungÄ ÄÄÄ* sowie zur vorübergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht vom 26.7.2016 (*BGBIÄ I 1824*), der erst zum 1.8.2016 in Kraft getreten ist, ergÄbe sich nur ein Sachleistungsanspruch hinsichtlich der Leistungen für Ernährung und Haushaltsenergie. Äber [Ä§Ä 3 AbsÄ 1 SatzÄ 1, AbsÄ 2 SatzÄ 1 AsylbLG](#), der unterkunftsbezogene Sachleistungsansprüche regelt, lässt sich für das SGBÄ II keine Bedarfszuordnung zum Monat der Nutzung ableiten. Soweit das LSG Landesrecht festgestellt hat (*Ä§Ä 24 AbsÄ 1 SatzÄ 1 DVAsyl 2002/2004: ÄÄÄBei der Berechnung der monatlichen Gebühren nach Ä§ÄÄ 22 und 23 wird Einkommen oder Vermögen berücksichtigt, sobald und soweit der Nutzer der staatlichen Einrichtung oder die mit ihm in Haushaltsgemeinschaft lebenden Personen darüber verfügen können.ÄÄÄ*), folgt hieraus keine abweichende Bedarfszuordnung für [Ä§Ä 22 AbsÄ 1 SatzÄ 1 SGBÄ II](#).

Ä

27

5.Ä Ob die Kläger nach den für die Berücksichtigung von Nachforderungen aus durch die Nutzung während der Zeit einer Leistungsberechtigung entstandenen und später fällig gewordenen unterkunftsbezogenen Zahlungsverpflichtungen entwickelten Grundsätzen einen Anspruch auf weitere Leistungen für Unterkunft und Heizung im Mai 2017 gegenüber dem Beigeladenen haben, kann der Senat aufgrund der Feststellungen des LSG nicht abschließend entscheiden.

Ä

28

Durch Leistungen für Unterkunft und Heizung soll der persönliche Lebensbereich *ÄÄÄWohnungÄÄÄ* geschützt werden. Deshalb umfasst der Anspruch nach [Ä§Ä 22](#)

[Absatz 1 Satz 1 SGB II](#) grundsätzlich nur die Übernahme der Aufwendungen für die tatsächlich genutzte konkrete Unterkunft, die den aktuellen räumlichen Lebensmittelpunkt bildet und den aktuell bestehenden Unterkunftsbedarf deckt (stRspr; vgl zuletzt BSG vom 30.10.2019 – [B 14 AS 2/19 R](#) – SozR 4 – 4200 – 22 Nr 104 RdNr 14).

Ä

29

Allein in eng umgrenzten Ausnahmefällen steht der Berücksichtigung von Aufwendungen für eine Unterkunft nicht entgegen, dass diese nicht mehr bewohnt wird. Für Nachforderungen von auf ein beendetes Mietverhältnis bezogene Nebenkosten hat das BSG entschieden, dass diese im Rahmen des [§ 22 Absatz 1 Satz 1 SGB II](#) als Bedarf zu berücksichtigen sind, wenn Mieter durchgehend seit dem Zeitraum, in dem die Nebkostennachforderung erhoben wird, bis zu deren Geltendmachung und Fälligkeit im Leistungsbezug nach dem SGB II standen und eine Zusicherung hinsichtlich des Umzugs während des Bezugs von Alg II vorlag (BSG vom 13.7.2017 – [B 4 AS 12/16 R](#) – RdNr 18 f; vgl im übrigen BSG vom 25.6.2015 – [B 14 AS 40/14 R](#) – SozR 4 – 4200 – 22 Nr 83 RdNr 17 ff). Abzustellen ist insoweit auf die Entstehung der Forderung durch faktische Bedarfsdeckung zu einer Zeit, in der ein Jobcenter für die unterkunftsbezogenen Bedarfe der Leistungsberechtigten aufzukommen gehabt hätte (vgl auch BSG vom 25.6.2015 – [B 14 AS 40/14 R](#) – SozR 4 – 4200 – 22 Nr 83 RdNr 21). Durch das Zusicherungserfordernis in Verbindung mit dem Abstimmungsmechanismus aus [§ 22 Absatz 4 SGB II](#) sowie den durchgehenden Leistungsbezug bleibt die später fällig gewordene Forderung mit den aktuell anfallenden Aufwendungen grundsätzlich rechtlich relevant verknüpf (BSG vom 13.7.2017 – [B 4 AS 12/16 R](#) – RdNr 19). Die Gleichbehandlung der Gebührelnachforderung mit den Fälligkeiten der Abrechnung von Betriebskosten ist geboten, soweit der Gebührentatbestand durch die Nutzung der Unterkunft entsteht und leistungsberechtigte Schuldner den davon abweichenden Zeitpunkt der Fälligkeit der Gebührelnachforderung nicht beeinflussen können.

Ä

30

Wegen der Zusicherung zum Umzug sind Feststellungen zu den Voraussetzungen des [§ 22 Absatz 4 SGB II](#) in der bis zum 31.7.2016 geltenden Fassung durch das Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende vom 20.7.2006 (BGBl I 1706) zu treffen; allein die Bestätigung des Beigeladenen zur Angemessenheit der Aufwendungen für die neue Wohnung reicht insofern nicht.

Ä

31

Ob die GebÄ¼hrenforderungen in voller HÄ¼he von 1835Ä Euro (5Ä x 185Ä Euro +Ä 14Ä x 65Ä Euro) in die Neuberechnung der jeweiligen AnsprÄ¼che der KlÄ¼ger auf AlgÄ II (zum *Individualanspruch grundlegend BSG vom 7.11.2006* [ÄÄÄÄÄ BÄ 7b AS 8/06Ä RÄ](#) [ÄÄÄÄ BSGEÄ 97, 217](#) = [SozR 4ÄÄÄÄ4200 ÄÄÄÄ 22 NrÄ 1](#), *RdNrÄ 12Ä ff*) im Mai 2017 einzuflieÄ¼en haben, richtet sich nach der Angemessenheit der Aufwendungen fÄ¼r Unterkunft und Heizung (*vgl BSG vom 30.10.2019* [ÄÄÄÄÄ BÄ 14Ä AS 2/19Ä R Ä](#) [ÄÄÄÄ SozR 4ÄÄÄÄ4200 ÄÄÄÄ 22 NrÄ 104 RdNrÄ 15](#)), die das LSG zu beurteilen haben wird. Anlass fÄ¼r ein Abweichen vom Kopfteilprinzip aus bedarfsbezogenen GrÄ¼nden (*vgl BSG vom 30.3.2017* [ÄÄÄÄÄ BÄ 14Ä AS 13/16Ä RÄ](#) [ÄÄÄÄ SozR 4ÄÄÄÄ4200 ÄÄÄÄ 22 NrÄ 92 RdNrÄ 16](#); *demgegenÄ¼ber zur Rechtslage bei Schulden iS von ÄÄÄÄ 22 AbsÄ 8 SGBÄ II BSG vom 18.11.2014* [ÄÄÄÄÄ BÄ 4Ä AS 3/14Ä RÄ](#) [ÄÄÄÄ SozR 4ÄÄÄÄ4200 ÄÄÄÄ 22 NrÄ 80 RdNrÄ 26Ä ff](#)) bei der Aufteilung der Gesamtforderung auf die Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft besteht nicht.

Ä

32

6.Ä ErgÄ¼nzend wird das LSG bei seiner Entscheidung im VerhÄ¼ltnis von KlÄ¼gern zu Beklagtem zu berÄ¼cksichtigen haben, dass der Widerspruchsbescheid vom 8.2.2018 zwar Gegenstand des Klageverfahrens geworden ist (*vgl ÄÄÄÄ 95 SGG*), der Widerspruch aber unzulÄ¼ssig war (*vgl BSG vom 14.12.1994* [ÄÄÄÄÄ 4Ä RLw 4/93 Ä](#) [ÄÄÄÄ BSGEÄ 75, 241, 245](#) =Ä [SozR 3-5850 ÄÄÄÄ 1 NrÄ 1](#) SÄ 5Ä f; *Schmidt in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13.Ä Aufl 2020, ÄÄÄÄ 96 RdNrÄ 11c*) und damit jedenfalls einer Sachentscheidung des Beklagten entzogen.

Ä

33

Das LSG wird auch Ä¼ber die Kosten des Revisionsverfahrens zu entscheiden haben.

Ä

Erstellt am: 20.01.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024